

Absendende Person:

Gz.: 8521.2.	#XXX
bzw.	
Antrags-ID:	

Bundesamt für Logistik und Mobilität
- nur elektronische Übermittlung über das eService-Portal -

Ausbildung

**Staatliche Zuwendung auf Grundlage der Richtlinie über die Förderung von betrieblichen
Ausbildungsverhältnissen zum Berufskraftfahrer oder zur Berufskraftfahrerin in
Unternehmen des Güterkraftverkehrs mit schweren Nutzfahrzeugen**

Änderungsmitteilung/Verzicht auf Förderung

für Änderungen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P-Kosten)

1. a) vorzeitiger Wegfall/ Beendigung der/des betrieblichen Ausbildungsverhältnisse/s

Folgende Änderungen haben sich ergeben:

Ifd. Nr. lt. Zu- wen- dungs- be- scheid	Zuwendungs- bescheid vom (TT.MM.JJJJ)	Auszubildende Person/en		Ende des Ausbildungs- verhältnisses (TT.MM.JJJJ)	Schlüssel- nr. (siehe unten)
		Vorname	Name		

Ich/Wir erkläre/n, dass oben genannte/s bewilligte/s Ausbildungsverhältnis/se nicht mehr bestehen/besteht.

(entsprechende Nachweise sind als Anlage beizufügen [z.B. Kündigung, Aufhebungsvertrag etc.]).

Folgende/r Gründe/ Grund bestehen/besteht für die Beendigung der/des Ausbildungsverhältnisse/s

(die einzelnen Schlüsselnummern bitte in die rechte Spalte der oberen Tabelle übertragen):

- Schlüsselnummer 1 Eintritt der Berufsunfähigkeit der auszubildenden Person
- Schlüsselnummer 2 Eintritt einer schwerwiegenden Erkrankung der auszubildenden Person
- Schlüsselnummer 3 Entzug der Fahrerlaubnis der auszubildenden Person
- Schlüsselnummer 4 Nichtbestehen der Abschlussprüfung der auszubildenden Person
- Schlüsselnummer 5 Abbruch der Ausbildung auf Wunsch der auszubildenden Person
- Schlüsselnummer 6 andere Gründe (bitte zusätzlich auf der folgenden Seite unter 1. b) erläutern)

1. b) Sofern andere als die oben genannten Gründe für die vorzeitige Beendigung der/des betrieblichen Ausbildungsverhältnisse/s vorliegen, erläutern Sie diese bitte hier:

Hinweis zu Nrn. 2 bis 4: Diese Angaben sind lediglich alternativ möglich, d. h. entweder zu 2. oder 3. oder 4.

Bestimmungen des Zuwendungsbescheides erlangt wurden, entsprechend den einschlägigen Vorschriften zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen sind.

Insbesondere folgende Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und ein Subventionsbetrug strafbar ist:

- Tatsachen, die für die Bewilligung und Gewährung einer Zuwendung maßgeblich sind,
 - Tatsachen, die für die Weitergewährung, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind,
 - die angegebenen Tatsachen im (Teil-)Verwendungsnachweis, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.
- ich/wir verpflichtet bin/sind, unverzüglich alle Änderungen der vorgenannten subventionserheblichen Tatsachen gegenüber dem Bundesamt mitzuteilen. Ferner ist mir/uns bekannt, dass gemäß § 4 Abs. 1 SubvG im Falle von Scheingeschäften oder Scheinhandlungen der verdeckte Sachverhalt maßgeblich ist.

Die in dieser Änderungsmitteilung einschließlich der jeweiligen Anlagen enthaltenen Daten verarbeitet das Bundesamt für Logistik und Mobilität durch die hierfür zuständigen Beschäftigten nur für die Durchführung Ihres Antrag-/ (Teil-)Verwendungsnachweisverfahrens und zur Erstellung anonymisierter Statistiken.

Die Bearbeitung und die Entscheidung über Ihren Antrag/ (Teil-)Verwendungsnachweis erfolgt nicht ausschließlich automatisiert nach Maßgabe der hierfür geltenden Rechtsvorschriften (§ 14a, § 15 Absatz 4 Nr. 5 und § 15a Absatz 4 Nr. 4 Güterkraftverkehrsgesetz, der dort genannten EU-Bestimmungen und der Richtlinie „Ausbildung“).

Ihre Daten werden gelöscht, sobald die maßgeblichen haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (hier: 10 Jahre nach Abschluss des Zuwendungsverfahrens).

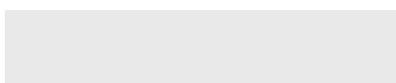
Mit Ihrer Unterschrift auf dieser Änderungsmitteilung willigen Sie ein, dass das Bundesamt für Logistik und Mobilität Ihre darin enthaltenen personenbezogenen Daten verarbeitet, soweit dies für die Durchführung des Antrags-/ (Teil-)Verwendungsnachweisverfahrens einschließlich Rechnungsprüfung erforderlich ist.

Sie können diese Einwilligung für die Zukunft gegenüber der verantwortlichen Stelle widerrufen. In diesem Fall ist dem Bundesamt für Logistik und Mobilität allerdings eine Weiterbearbeitung Ihres Antrags/ (Teil-)Verwendungsnachweises nicht mehr möglich.

Bei Fragen speziell zum Datenschutz einschließlich Ihrer Rechte als betroffene Person können Sie über folgende E-Mail-Adresse Kontakt mit uns aufnehmen: <mailto:datenschutz@balm.bund.de>.

Detailliertere Informationen hierzu finden Sie auch auf der Internetseite des Bundesamtes für Güterverkehr www.balm.bund.de.

Ich/Wir erkläre/n, dass alle in diesem Formular gemachten Angaben vollständig und richtig sind und durch geeignete Unterlagen belegt werden können.



Ort, Datum



Unterschrift der antragstellenden Person
der gesetzlichen Vertretung
oder der bevollmächtigten Person
(und ggf. Firmenstempel)